Machtlosigkeit der Madrider Regierung.

Revolutionäre Kontrollausschüsse — Nächtliche Erschießungen.

Lissabon, 21. August. Von einem hier eingetroffenen unbedingt zuverlässigen Gewährsmann wird über die Zustände in Madrid berichtet:

Die Regierung Giral existiere nur noch dem Namen nach. Offenbar läßt man sie noch bestehen, weil das Vorhandensein eines Kabinetts, in dem linksbürgerliche Elemente vertreten sind, dem Ausland gegenüber als Tarnung des Bolschewismus erwünscht ist. In Wirklichkeit hat die Regierung schon von Anbeginn an unter der zunehmenden Kontrolle der bolschewistischen und anarchistischen Elemente gestanden. Jetzt sind in verschiedenen Ministerien bereits ganz offen revolutionäre Kontrollausschüsse gebildet worden, die die Arbeit der Regierung genau überwachen. Die Regierung hat ihr Selbstbestimmungsrecht damit eingebüßt.

Das zeigt sich auch darin, daß trotz ihrer papierenen Erlasse in Madrid noch immer jede Nacht zahlreiche rechtsstehende Personen, meistens von anarchistischen Milizsoldaten aus den Wohnungen geholt und an Ort und Stelle oder an einem entlegenen Platz erschossen werden. In der Nacht zum Montag betrug die Zahl nach Angaben von Mitgliedern der Miliz zwischen 60 und 70 Personen, die in den letzten Nächten zuvor etwa 50.

In der Nähe des Südbahnhofes sind über 200 aus Andalusien eingetroffene dort gefangengenommene Nationalisten erschossen worden. Diese wehrlosen Opfer eines fanatischen, von außen in die spanische Arbeiterschaft hineingetragenen Hasses, sollen mit Hochrufen auf das neue Spanien als Helden in den Tod gegangen sein.

Die Moskauer Wühlarbeit in Frankreich.

Paris, 21. August. Die kommunistische Partei veranstaltete am Donnerstagabend im Pariser Vorort St. Denis eine Massenversammlung, auf der der Generalsekretär der Partei, Thorez, sprach. Er begann mit einem Loblied auf die Volksfront, deren Regierung den Arbeitermassen Vorteile verschafft habe. Weitere Vorteile seien zu erwarten. Die Zukunft des Landes aber müsse gesichert werden. Neben der wirtschaftlichen Erneuerung müsse auch die politische Hand in Hand gehen.

Wohin der Kurs gehen soll, verrät Thorez sehr deutlich, wenn er erklärte, die Provokationen der faschistischen Presse müßten ein Ende nehmen und die faschistischen Führer ins Gefängnis gesperrt werden. Er gab also genau die Parole aus, die in Spanien mit der Ermordung Sotelos befolgt worden ist. Es sei unstatthaft, daß sich die Bünde in politische Parteien verwandelten, die nur den Bürgerkrieg vorbereiten. In der Armee und in der Verwaltung müsse ein wahrer republikanischer Geist seinen Einzug halten. Es komme darauf an, auch die Kreise für den Gedanken der Freiheit zu gewinnen, die noch nicht ganz mit den Zielen der Volksfront zufrieden seien. Die französischen Arbeiter ständen auf Seiten der spanischen Republikaner. Hitler wolle Frankreich einkreisen. Frankreich sei, ganz gleich unter welcher Regierung, stets der Todfeind Deutschlands. Die kommunistische Partei solle eine französische Front schaffen, die von niemandem abhänge und die Unabhängigkeit Frankreichs kraftvoll verbürgen könne.

Zum Schluß forderte Thorez vollkommene Freiheit des Handels mit Spanien. Er sei davon überzeugt, daß die sozialistischen Arbeiter das Gleiche suchten. Die Stimme des Volkes müsse verstanden werden. **Die spanische Republik brauche Flugzeuge, Kanonen und Munition, und diejenigen, die für Freiheit und Frieden kämpften, müsse wirksame Hilfe zuteil werden.**

Arbeiter erzwingen Flugzeuglieferungen nach Spanien.

Der Luftfahrtminister stimmt zu.

Paris, 21. August. „Echo de Paris" und „Figaro" bringen einen neuen Beweis für die Auffassung von der Nichteinmischung, wie sie die französische Regierung zu haben scheine. **Die kommunistischen Arbeiter der Flugzeugwerke Bloch hätten am Mittwoch nach Betriebsschluß eine Versammlung in den Fabrikräumen abgehalten und beschlossen, den spanischen Marxisten zwei Flugzeuge zur Verfügung zu stellen, deren Bezahlung durch Ueberstunden erfolgen soll. Unter Androhung des Streiks habe eine Arbeiterabordnung der Direktion diesen Beschluß unterbreitet und gebeten, daß man ihr die bereits fertiggestellten und auf dem Flugplatz Villacoublay befindlichen, dem Staat gehörenden Flugzeuge zur sofortigen Lieferung an die spanischen Marxisten zur Verfügung stellen solle. Eine zweite Abordnung der kommunistischen Arbeiter habe sich zum Luftfahrtminister Pierre Cot begeben, der den Arbeitern zugesagt habe, daß er ihrem Vorhaben nichts in den Weg stellen werde. Die Direktion der Bloch-Werke habe sich daraufhin für die Lieferung der Flugzeuge entschlossen.**

Der „Figaro" fragt zu diesem Beschluß, ob es den Tatsachen entspreche, daß der Beschluß der Arbeiter auf Veranlassung des marxistischen Gewerkschaftsverbandes hin erfolgt sei und ob es stimme, daß die Direktion der Werke sich dazu entschlossen habe, den Preis für die Flugzeuge zu ihrem Schaden auf 1 600 000 Franken herabzusetzen.

Nationalistische Säuberungsaktion in der Provinz Badajoz.

Badajoz, 21. August. Die in Badajoz liegende Standarte 4 der Fremdenlegion ist zur Zeit damit beschäftigt, die gesamte Provinz einer gründlichen Säuberung zu unterziehen und allenthalben die etwa noch vorhandenen marxistischen Widerstandsnester zu vernichten.

Dabei ist es angesichts der entsetzlichen Greueltaten, wie Verbrennungen, Kreuzigungen und Martern aller Art, die in dem unter Kommunistenherrschaft stehenden Ortschaften an der Tagesordnung waren, nicht verwunderlich, daß teilweise recht umfangreiche Erschießungen von Kommunisten vorgenommen werden, um auf diese Weise das Uebel mit der Wurzel auszurotten.

Außer den Städten Villa Nueva de la Serena und Don Benito mit seinen wichtigen Flughafen haben die Legionäre am Donnerstag die äußeren Orte La Albuera, Almendral und Santa Marta sowie Aracena de Huelva erobert.

General Mola rechnet mit baldiger Einnahme Madrids.

London, 20. August. Nach einer Meldung aus Gibraltar, hat General Mola an General Queipo de Llano telegraphiert, daß er keine Verstärkungen benötige, da seine Truppen ausreichten, um Madrid in weniger als einer Woche einzunehmen.

Nach Rundfunkmeldungen nationalistischer Sender sollen vier Regierungsflugzeuge abgeschossen worden sein. Ferner sei es gelungen, Alburquerque und Olivenza nahe der portugiesischen Grenze und Eibar zwischen Bilbao und San Sebastian zu nehmen.

Rote Verstärkung für San Sebastian.

Hendaye, 20. August. An der Front von Irun herrschte am Donnerstag völlige Ruhe. Lediglich das Fort Guadalupe hat einige Schüsse im Laufe des Vormittags abgegeben.

Die in San Sebastian erscheinende Zeitung „Frente Popular" berichtet, daß die dortige rote Miliz in den letzten Tagen neue Verstärkung aus Bilbao erhalten habe. Es handle sie hierbei in erster Linie um Bergarbeiter, die gut mit Dynamit umzugehen verstünden. In dem gleichen Blatt wird die Hinrichtung von fünf Offizieren in San Sebastian gemeldet, die sich gegen die Volksfront betätigt hätten. Ferner sei es gelungen, den aus der Diktaturzeit Primo de Rivera bekannten General Muslera und den Oberstleutnant Baselga in San Sebastian zu verhaften. Diese beiden Offiziere werde das gleiche Schicksal ereilen wie die obigen. „Frente Popular" berichtet weiter, daß in Barcelona die Theater syndikalisiert worden seien. Vom Platzanweiser bis zur Diva werde ein einheitliches Gehalt von 15 Peseta täglich gezahlt.

Siegesmeldung der spanischen Volksfront.

Paris, 20. August. Nach einer Havasmeldung aus Bayonne behauptet die spanische Volksfront, daß die nationalistischen Truppen bei Avila angeblich in die Flucht geschlagen worden seien und auf dem Kampfplatz 300 Tote, fünf Geschütze, sieben Maschinengewehre und Munition zurückgelassen hätten. 67 Soldaten der nationalistischen Verbände seien gefangen genommen worden.

Auflösung von religiösen Ordensgesellschaften in Spanien.

Hendaye, 20. August. Aus Madrid wird der Erlaß einer Verfügung gemeldet, demzufolge sämtliche religiösen Ordensgesellschaften in Spanien aufgelöst werden, die sich irgendwie der Begünstigung der Militärtruppe schuldig gemacht hätten. Dieses Dekret dürfte insofern überholt sein, als in Wirklichkeit in den noch der spanischen Linksregierung unterstehenden Gebiet schon seit Wochen alle Klöster geschlossen seien.

*

Paolino standrechtlich erschossen.

London, 20. August. Wie Reuter aus Madrid meldet, ist nach einer Meldung der Rundfunkstation Ponteveda der spanische Boxer Paolino Uzcudun in Madrid zusammen mit mehreren seiner Landsleute standrechtlich erschossen worden.

Gegen kommunistische Verleumdung.

Deutscher Protest in Moskau und Madrid.

Berlin, 21. August. Der deutsche Botschafter in Moskau und der deutsche Geschäftsträger in Madrid haben bei den diesbezüglichen Regierungen wegen der verhetzenden und verleumderischen Propaganda der Rundfunksender gegen Deutsche aufs schärfste protestiert.

Der polnische Konsul in Valencia ermordet.

Ueberreichung einer scharfen Protestnote in Madrid.

Warschau, 21. August. Wie aus Valencia gemeldet wird, ist der dortige polnische Honorarkonsul Naguera, ein spanischer Staatsbürger, von einer roten Bande ermordet worden.

Die polnische Regierung hat in Madrid durch ihren Geschäftsträger eine scharfe Protestnote überreichen lassen, in der Genugtuung für diese Mordtat an einem Konsularvertreter gefordert wird.

Marxistenkreuzer „Libertad" bedroht türkisches Handelsschiff.

Lissabon, 22. August. Wie aus Cadiz berichtet wird, hat der durch den Zwischenfall mit dem deutschen Dampfer „Kamerun" bereits unrühmlichst bekannt gewordene Marxistenkreuzer „Libertad" am Freitag versucht, ein türkisches Handelsschiff, das sich auf dem Wege nach Cadiz befand, zwecks Untersuchung anzuhalten. Das rote Piratenschiff konnte sein Vorhaben allerdings nicht ausführen, da die nationalistischen Küstenbatterien das Feuer eröffneten und der Kreuzer unter diesen Umständen es vorzog, die Flucht zu ergreifen.

Jedem Gewaltakt wird mit Gewalt begegnet!

Berlin, 20. August. Der Befehlshaber der Linienschiffe, den die zur Hilfeleistung in spanische Gewässer entsandten deutschen Seestreitkräfte unterstellt sind, hat an den Chef der spanischen Regierungsflotte auf Grund des Vorgehens gegenüber dem deutschen Dampfer „Kamerun" folgendes Telegramm gerichtet:

„Nachdem eben erst der Rechtsbruch gegenüber Sevilla durch „Almirante Valdez" beigelegt ist, hat Kreuzer „Libertad" gestern nachmittag den Dampfer „Kamerun" außerhalb der spanischen Hoheitsgewässer auf freier See beschossen, in Kielwasser gezwungen und durch bewaffnete Soldaten untersuchen lassen. Dieses Verhalten gegenüber einem deutschen Dampfer ist ein Verbrechen gegen das Recht freier Schiffahrt in offener See. Wir sind nicht gewillt, solche Gewaltakte zu dulden. Ich habe meine Seestreitkräfte angewiesen, jedem unberechtigten Gewaltakt Ihrer Schiffe mit Gewalt entgegenzutreten."

Deutschland ist voll im Recht.

Die italienische Presse zur Durchsuchung des Dampfers „Kamerun".

Rom, 20. August. Der „Kamerun"-Zwischenfall und seine internationale Bedeutung werden in der italienischen Presse ganz im Lichte der deutschen Kommentare gewürdigt, die in großen Auszügen wiedergegeben werden.

Der Berliner Berichterstatter der „Tribuna" betont in seiner Meldung, daß die Forderung der Reichsregierung nach Zurückgabe des beschlagnahmten deutschen Flugzeuges den guten Willen Madrids auf die Probe stelle. Es scheine jedoch, daß die Madrider Regierung wenig Interesse am Abschluß eines Abkommens über eine tatsächliche internationale Nichteinmischung habe. Statt den Brandherd auf die spanische Halbinsel zu beschränken, gehe die Politik von Madrid und Barcelona darauf hinaus, im Sinne der Moskauer Weisungen das Feuer zu schüren und auszubreiten.

Auch England würde so handeln.

London, 21. August. Der scharfe deutsche Protest in Madrid wegen des „Kamerun"-Zwischenfalles wird von amtlichen englischen Kreisen als durchweg berechtigt anerkannt. In London wird betont, daß die Berechtigung des Ausspruches der marxistischen Behörden auf eine Blockade gewisser Bezirke, die sich in den Händen der Militärgruppe befinden, bisher nicht erwiesen sei, umso weniger, als die Parteien des spanischen Bürgerkrieges auch von der Madrider Regierung bisher nicht offiziell als Kriegführende anerkannt sind.

Der Flottenberichterstatter des der englischen Regierung nahestehenden „Daily Telegraph" kennzeichnet die Lage wie folgt:

Deutschland ist in seinem Recht, indem es bei der Madrider Regierung energisch wegen der „Kamerun"-Angelegenheit protestiert hat. Durch die Belästigung des deutschen Schiffes in sieben Meilen Entfernung von der spanischen Küste haben die Regierungskriegsschiffe einen flagranten Bruch des Völkerrechtes begangen.

Wenn es zu irgend einem weiteren Versuch spanischer Kriegsschiffe kommen sollte, sich in die deutsche Schiffahrt außerhalb der territorialen Gewässer einzumischen, dann werden die deutschen Kriegsschiffe in spanischen Gewässern wahrscheinlich drastische Maßnahmen gegen die betroffenen Schiffe ergreifen und sie als Piraten behandeln. Unter ähnlichen Umständen würde England selbst wahrscheinlich dasselbe Vorgehen einschlagen.

In einem Leitaufsatz kennzeichnet das Blatt das Anhalten und die Durchsuchung der „Kamerun" als einen schweren Mißgriff der Madrider Regierung, der eine neue und gefährliche Verwicklung in die internationale Lage gebracht habe.

Das Rothermereblatt „Daily Mail" schreibt, der „Kamerun"-Zwischenfall habe endgültig bewiesen, was schon lange offensichtlich gewesen sei, daß nämlich die seltsame Mischung von Roten, Sozialisten und Anarchisten in Madrid die Zügel der Regierung garnicht mehr wirklich in der Hand habe. Die Militärgruppe könne von unwissenden und mit Vorurteilen erfüllten Leuten nicht mehr als „aufständisch" bezeichnet werden. Die sogenannte Madrider Regierung sei nichts als eine mörderische Anarchie und es sei zweifelhaft, ob ihre Streitkräfte überhaupt einen Anspruch auf die Rechte einer kriegführenden Partei hätten, da sie größtenteils nicht von verantwortlichen Offizieren befehligt seien.

Wenn die spanischen Marxisten oder auch die spanischen Nationalisten britische Schiffe auf hoher See anhalten und durchsuchen würden, dann müsse von der britischen Regierung erwartet werden, daß sie nicht mehr und nicht weniger tue, als der Führer getan habe, nämlich erklären: „Hände weg von unseren Schiffen!"

Auch Paris muß Deutschlands Standpunkt anerkennen.

Paris, 21. August. Die Blätter beschäftigen sich am Freitagmorgen mit den möglichen diplomatischen Folgen, die die widerrechtliche Durchsuchung des deutschen Dampfers „Kamerun" auf hoher See durch spanische Kriegsschiffe nach sich ziehen könnte. „Petit Parisien" meint, dieser erneute Zwischenfall habe bereits einen ernsten Charakter angenommen. Er zeige, wie weit die Ereignisse in Spanien bereits Europa in Mitleidenschaft gezogen hätten. **Es sei zu hoffen, daß man in Madrid sobald wie möglich Berlin gegenüber eine beruhigende Aufklärung geben werde.** Der Zwischenfall aber könne trotzdem neue Schwierigkeiten und eine neue Verzögerung für den Abschluß des Nichteinmischungspaktes nach sich ziehen. „Matin" schreibt, man habe in Berlin am Donnerstagabend eine gewisse Mäßigung feststellen können. Es sei anzunehmen, daß das Reich sich für den Augenblick mit seinem Protest in Madrid und mit der Drohung des deutschen Flottenchefs an den Kommandanten der spanischen Regierungsflotte begnügen werde.